

"Regierung und Parlament Westeuropas sollen nächsten Sommer Wirklichkeit werden" in La Libre Belgique (18. Dezember 1948)

Legende: Der Artikel, der am 18. Dezember 1948 in der belgischen Tageszeitung La Libre Belgique erschienen ist, präsentiert dank der Enthüllungen eines belgischen Delegierten in Paris den Plan für die europäische Einigung, der von den Delegierten der fünf Mitgliedstaaten des Brüsseler Paktes verabschiedet wurde und den fünf Außenministern noch zur endgültigen Zustimmung unterbreitet werden muss. Dieser Plan beinhaltet einen „Ministerrat“ und ein „Parlament Westeuropas“.

Quelle: La Libre Belgique. 18.12.1948. Bruxelles: Société d'Edition des Journaux du Patriote. "Le gouvernement et le parlement de l'Europe occidentale deviendraient réalité l'été prochain".

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/regierung_und_parlament_westeuropas_sollen_nachsten_sommer_wirklichkeit_werden_in_la_libre_belgique_18_dezember_1948-de-0a97f50b-a969-46a1-8b21-2bf2fb2eac3a.html



Publication date: 05/07/2016

„Enthüllungen“ eines belgischen Delegierten in Paris

Regierung und Parlament Westeuropas sollen nächsten Sommer Wirklichkeit werden

Vom Korrespondenten der Agentur Reuter in Paris:

Es ist möglich, dass die Bildung der Regierung des Parlaments Westeuropas nächsten Sommer Wirklichkeit werden.

Ein hochrangiger belgischer Regierungsvertreter machte diese Neuigkeit Donnerstagabend publik und fügte hinzu, dass sich nur noch kleine detailbezogene „Hindernisse“ in letzter Minute abzeichnen könnten.

Der Delegierte gab Details über den Plan einer Westunion, der am Donnerstag von den offiziellen Delegierten der fünf Staaten des Brüsseler Pakts genehmigt worden war: Belgien, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien und Frankreich.

Der von dem belgischen Delegierten enthüllte Plan sieht ein europäisches Kabinett von Persönlichkeiten mit Ministerrang sowie ein Parlament mit beratender Funktion vor.

Der Plan wird den fünf Außenministern auf einer Konferenz zur endgültigen Zustimmung vorgelegt, die wahrscheinlich im nächsten Jahr in London oder Luxemburg stattfinden wird.

Es soll ein Parlament für Westeuropa vorgesehen sein, das mit Zweidrittelmehrheit Entscheidungen fällen kann und befugt ist, alle europäischen Probleme mit Ausnahme von militärischen Fragen zu behandeln.

Diese Fragen bleiben nämlich dem im Brüsseler Pakt und in den derzeit laufenden Verhandlungen über eine Atlantische Allianz vorgesehenen Generalstab vorbehalten.

Außerdem sollen die Parlamentsabgeordneten von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden und deren politische Couleur widerspiegeln.

Der belgische Delegierte unterstrich, dass dieser Plan einen Kompromiss zwischen den beiden ursprünglich rivalisierenden Entwürfen Großbritanniens auf der einen und Frankreichs und Belgiens auf der anderen Seite darstellt und fügte hinzu:

„Wir glauben jetzt, dass es so gut wie geschafft ist.“

Der außenpolitische Korrespondent der gleichen Agentur in London schreibt seinerseits:

Die Londoner Beobachter sind der Ansicht, dass der Bericht eines hochrangigen belgischen Vertreters am Donnerstag in Paris zur Stärkung der politischen Einheit Westeuropas eine eingehende Prüfung durchaus verdient.

Man nimmt an, dass der Ausschuss der fünf Mächte für die europäische Einheit Anfang Januar zusammentreten wird, um die Prüfung der diesbezüglichen einzelnen Vorschläge abzuschließen, denen bereits grundsätzlich zugestimmt wurde. Diese Vorschläge werden in der Zwischenzeit den beteiligten Regierungen vorgelegt.

In den Londoner politischen und diplomatischen Kreisen glaubt man zu wissen, dass die Hauptorganisation zur Verwirklichung der europäischen Einheit ein von den Regierungen gewählter Ministerrat sein wird. Die Aufgabe dieses Rates wird sein, alle eine gemeinsame Politik betreffende Fragen zu erörtern.

Die Idee eines europäischen Parlaments wird von diesen Kreise jedoch nicht als „realistisch“ betrachtet, wenn dieses Parlament Befugnisse erhält, die die der souveränen Mitgliedstaaten überschreiten.

Sie sind der Ansicht, dass, wenn eine zweite europäische Organisation gegründet werden sollte, es sich um eine ausschließlich beratende Versammlung ohne Exekutivgewalt handeln sollte, deren Befugnisse darüber hinaus der Kontrolle des bereits erwähnten Ministerrates unterliegen müssen. Den neuesten Informationen aus London zufolge wurde kein Datum zur Gründung der einen oder der anderen Organisation festgesetzt.